

„ES GEHT UM DIE WELT“

Positionspapier der Teilnehmenden des Dialogtags
zum Dritten Engagementbericht

DIE WORKSHOPTEILNEHMENDEN

Antonia Debus, Jugend Rettet e.V.
Annemieke Ehlers, Deutsche Jugendfeuerwehr
Marcel Fortus, Stiftung Lernen durch Engagement
Victoria Herbig, Generationen Stiftung
Elena Keil, youpaN
Hozaifa Khalaili, Start Stiftung
Nicolas Klasen, youpaN

Luke Maikart, Deutsche Jugendfeuerwehr
Lea Pfau, European Youth Parliament
Leon Pleuger, Deutsche Jugendfeuerwehr
Farida Rashid, Start Stiftung
Sophie Trautmann, Generationen Stiftung
Leonard Wolf, Jugend hackt

ZUM DRITTEN ENGAGEMENTBERICHT

Der Dritte Engagementbericht ist ein Bericht zu bürgerschaftlichem Engagement mit dem Schwerpunkt "Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter."

Die Bundesregierung ist durch einen Beschluss des Deutschen Bundestages vom 19. März 2009 aufgefordert, in jeder Legislaturperiode einen wissenschaftlichen Bericht zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements vorzulegen. Diese Engagementberichte werden von einer unabhängigen Kommission im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) erstellt. Jeder Bericht beleuchtet besondere Schwerpunkte des bürgerschaftlichen Engagements.

Ziel ist es, Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Engagementpolitik sowie Anregungen für den politischen Diskurs über aktuelle Entwicklungen und innovative Ansätze zum bürgerschaftlichen Engagement zu geben.

Prof. Dr. Jeanette Hofmann hat den Vorsitz der Sachverständigenkommission für den Dritten Engagementbericht übernommen. Das Projektteam, welches die Erstellung des Berichts unterstützt, wird von Dr. Theresa Züger geleitet und ist am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft in Berlin angesiedelt.

INHALT

FORDERUNG 1 5

Engagement muss frühzeitig in Bildung und Erziehung integriert werden.

FORDERUNG 2 8

Engagement von jungen Menschen muss stärker und in seiner Vielfalt anerkannt werden.

FORDERUNG 3 11

Die Förderstrukturen für junges Engagement müssen verbessert werden.

FORDERUNG 4 14

Ungleichheit, Diskriminierung und Fremdenhass im Engagement muss gemeinsam begegnet und vorgebeugt werden.

FORDERUNG 5 17

Politische Mitsprache von jungen Menschen muss auf Augenhöhe geschehen. Es braucht neue Instrumente und Vernetzung für mehr Beteiligung von jungen Menschen.

FORDERUNG 1

Engagement muss frühzeitig in
Bildung und Erziehung integriert
werden.

DIE IDEE

Die Schule als Engagement-Kontaktstelle: Der gesellschaftliche Lernort Schule soll durch die Vernetzung mit Engagement-Organisationen erweitert werden.

Unterrichtseinheiten über und mit Engagement sollen ein Bestandteil des Schulunterrichts werden. Die Teilnehmenden schlagen vor, dass eine Netzwerkstelle an Schulen geschaffen wird, die sich mit lokalen gemeinnützigen oder politischen Organisationen, NGOs oder Bewegungen des Engagements vernetzt, um diese im Unterricht und an Projekttagen vorzustellen und gemeinsam praktische Kennenlernprojekte zu realisieren. Schule sollte nicht durch das Schulgebäude begrenzt sein, sondern das Lernumfeld sollte einbezogen werden. Über eine Steuergruppe aus Lehrpersonen, Sozialpädagog*innen und Schüler*innen soll eine Organisationsstruktur der Vernetzung geschaffen werden. Engagement sei an vielen Stellen eine sehr wertvolle Möglichkeit, Lehrinhalte mit praktischem Handeln zu verbinden und so die positive Lernerfahrung gleichzeitig mit dem Interesse an bürgerschaftlichem Engagement zu steigern. Die Teilnehmenden wünschen sich, dass die schulpolitische zuständige Stellen – wie die Senatsverwaltungen – die Schulen ihres Landes dazu verpflichtet, Engagement in den Schulalltag zu integrieren. Die Schüler*innen sollen auf diesem Wege mit Formen des Engagements frühzeitig in Kontakt kommen, selbst Vorschläge machen können und ihrerseits wählen dürfen, welche Form des Engagements sie in den Unterrichtsstunden oder während der Projekttage kennenlernen wollen. Dieser Ansatz dürfe nicht als Verpflichtung zum Engagement verstanden werden – dieses sei langfristig nach wie vor freiwillig. Die Vernetzung ermögliche lediglich einen Punkt zum Verstehen und Kennenlernen verschiedener Engagementformen, die sonst für viele junge Menschen unbekannt bleiben. Auch im Rahmen des Schulalltags sollte Engagement jedoch nicht mit Noten bewertet werden, wodurch die Erfahrung im Engagement sich auch vom sonstigen Leistungsdruck positiv abheben könnte.

Die bestehende Lehr- und Lernform *Lernen durch Engagement* (engl. service learning), welche die Idee aufgreift, Engagement in den Unterricht zu integrieren, wird von der Stiftung Lernen durch Engagement in Deutschland verbreitet. Beispielsweise lernen Schüler*innen der dritten Klasse im Schulgartenunterricht und Sachkunde Kräuter und deren Verwendung kennen und bauen eine Kräuterspirale in einem Wohnheim für Menschen mit Behinderung, um sie für frische und gesunde Ernährung zu sensibilisieren. An diesem Modell zeige sich, dass die Berührung mit Engagement den freiwilligen Einstieg durch das Kennenlernen und erste Erfahrungen fördert. Weiter machten die Schüler*innen eine Erfahrung mit der Anerkennung für ihr Engagement, da die Projekte jeweils mit einem Zertifikat belohnt und mit einer Feier abgeschlossen werden. Ein weiteres Projekt, das hier bereits aktiv ist, ist Dialog macht Schule. Auch dieses

“Ich meine, es geht um die Welt! Es geht um die ganze Welt, nicht nur ums Scheißabitur! Da hilft mir kein Abitur, wenn ich in 20 Jahren nicht mehr auf der Erde leben kann.”

Format, in dem aktuelle politische Entwicklungen mit externen Fachleuten besprochen werden, wünschten sich die Teilnehmenden als Pflichtunterricht, bei dessen Ausgestaltung auch die Schüler*innen Vorschläge machen könnten.

Darüber hinaus wünschen sich die Teilnehmenden Politik als Hauptfach in der Schule und sehen darüber viel Potential, politische Bildung und zentrale Themen des jungen Engagements in ganz verschiedenen Schulfächern fortlaufend und praktisch zu integrieren. Sie wünschen sich, dass die Ideen der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (wie beispielsweise die UNESCO sie formuliert) sich viel stärker im Schulalltag niederschlagen. Auch digitale Medienkompetenz müsse als Teil der politischen Bildung Schulalltag werden. Die Aus- und Weiterbildungen des Lehrpersonals müssten dringend diesbezüglich angepasst werden. Wichtig seien weitere demokratische Strukturen der Schule selbst – wie die Schüler*innenvertretung – zu stärken und gesellschaftliches Engagement auch in der Schule zu honorieren: durch verbesserte Noten oder Freistellung für Engagement. Engagement sei in vielen Fällen eine effektive Form der Demokratiebildung, die auch im Bildungssystem anerkannt werden müsse.

Die Teilnehmenden sehen in dieser veränderten Integration von gesellschaftlichem Engagement im Schulalltag ein großes Potential der Prävention gegen Hass, Diskriminierung und Sexismus, da mit dem Engagement früh positive Werte vermittelt werden könnten.

7

UNTERSTÜTZENDE IDEEN



Schulgebäude müssen neu gestaltet und neu gedacht werden

Es müsse mehr Grünflächen, offene Räume und damit verbunden flexiblere Unterrichtsformate geben.



In der Schule Zeit für Ruhe und Reflexion schaffen

Morgens sollte man erst mal ankommen können – nach Beginn der Schule sollte es etwas Zeit geben, um in Ruhe zu meditieren, zu lesen oder Musik zu hören. Zu lernen, bei sich selbst anzukommen, wäre eine wichtige Fähigkeit, die auch in der Schule vermittelt werden sollte und für die Aufnahmefähigkeit positive Effekte habe.

FORDERUNG 2

Engagement von jungen Menschen
muss stärker und in seiner Vielfalt
anerkannt werden.

„Bundestagsabgeordnete verstehen das teilweise nicht, was für ein Großteil an Daseinsvorsorge von uns ehrenamtlich übernommen wird.“

Generell formulieren die Teilnehmenden den Wunsch, dass auch alltägliche oder neue Formen von Engagement – auch die digitalen – gesellschaftlich mehr wertgeschätzt und anerkannt werden. Dabei ist es natürlich schwierig, jede Form des Engagements zu „messen“ oder zu belegen. Generell sollte jedoch die Offenheit für verschiedene Formen des Engagements steigen und auch unkonventionelle Formen sollten Engagierte für Ehrungen oder Anerkennungen qualifizieren. Um dies zu ermöglichen, sollte ein Gremium für junges Engagement mit über die Anerkennung von Engagementformen für Ehrungen oder Begünstigungen entscheiden und so auch das „unsichtbare“ Engagement stärker honorieren können. Die Teilnehmenden haben einige Ideen, wie eine Anerkennung für das Engagement von Jugendlichen besser zur Geltung kommen könne.

Trotz dieser Ideen zur Anerkennung des Engagements wurde von manchen Teilnehmenden sehr stark betont, dass Engagement für sie etwas freiwilliges sei, das sie auch unabhängig von jeder Anerkennung weiter betreiben würden – allein, um etwas zu bewegen. Bei den konkreten Ideen gehe es nicht um eine Entlohnung, sondern um Begünstigungen, die eine Anerkennung als Dankeschön signalisieren und das sei motivierend und wichtig. Gleichzeitig müsse man im Blick behalten, dass jede Form des Engagements anders, aber gleich wichtig sei und mit dieser Form der Anerkennung niemand ausgegrenzt werde.

9

DIE IDEEN



Anerkennung durch Politik

Die Politik (beispielsweise in Form der Ministerien oder der Kommunalpolitik vor Ort) sollte in ihrer Öffentlichkeitsarbeit stärker auf junges Engagement eingehen und dieses durch Auszeichnungen oder Preise loben oder ehren – dies gäbe es bereits mancherorts, diese Anerkennungskultur müsse aber viel stärker werden.



Stärkung von Freiwilligenkarten

Bestehende Freiwilligenkarten, wie z. B. die Ehrenamtskarte in Berlin, werden kaum genutzt und sind von Kommune zu Kommune unterschiedlich. Dadurch bringen sie in der Erfahrung der jungen Engagierten kaum Vorteile. Sie sollten, wie die Juleica (die Jugendleiter*innen Card), deutschlandweit funktionieren und niedrigschwellige Modelle für junges Engagement bieten (200 Stunden gesellschaftliches Engagement im Jahr sind für Schüler*innen oder Studierende kaum schaffbar). Es sollte einen einheitlichen Ehrenamtsausweis für ganz Deutschland geben, wobei die Länder sich jeweils darum kümmern, welche Vergünstigungen in ihrer Region angeboten werden.

Berücksichtigung des Engagements bei Schulabschlussarbeiten

Prüfungen (wie die Präsentationsprüfung im Abitur) sollten sich auch auf ein selbst durchgeführtes fachrelevantes Engagementprojekt beziehen können, welches verschriftlicht wird und im Vortrag erläutert werden kann.

Engagement als Pluspunkt im Auswahlverfahren

Engagement könnte auch formal eine höhere Rolle bei der Vergabe von Lehrstellen und Studienplätzen spielen.

FORDERUNG 3

Die Förderstrukturen für junges Engagement müssen verbessert werden.

Gerade für junge Engagierte ist es oft schwierig, Förderungen zu akquirieren. Die Förderstrukturen im Engagementbereich bilden zu wenig die Bedarfe der jungen Engagierten ab.

DIE IDEEN

Einerseits brauche es weniger projektbezogene, sondern langfristige Förderungen, die es ermöglichen, unabhängig von Projekten dauerhaftere Strukturen und Maßnahmen aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Besonders "gelungene" Projekte sollten auch langfristig mit Mitteln ausgestattet werden. Gleichzeitig steigt der Bedarf an flexibleren Förderstrukturen, die schnell und unkompliziert ermöglichen, ein neues Engagement zu starten.

Denkbar wäre eine unkomplizierte Kleinstförderung im Engagement, die personenbezogen und mit wenig bürokratischem Aufwand junges Engagement ermöglicht. Anforderungen könnten beispielsweise sein: Förderung für Personen unter 25 Jahren, die lokal oder digital ein Engagementvorhaben über einen überschaubaren Zeitraum darlegen; in der Förderung enthalten sind Reisekosten, Sachaufwendungen und Organisationskosten; der Antrag in Form einer kurzen Vorhabensbeschreibung mit Meilensteinen; als Dokumentation reichen die Belege und ein öffentlicher Blogpost.

12

Antragsfrust

Besonders unzufrieden sind die jungen Engagierten mit den Anträgen für Förderungen: Diese verschlingen sehr viel Arbeit, die sonst ins Engagement fließen könnte. Bei einer Absage fehlen Geld und Zeit gleichermaßen. Anträge sollten weniger bürokratisch, kürzer und einfacher gestaltet werden.

Feedback vorab

Darüber hinaus wünschen sich die Teilnehmenden ein vorgelagertes Interessenbekundungsverfahren, das dialogischer arbeitet und schneller klar werden lässt, ob eine Initiative für eine Förderung geeignet ist und was erfüllt sein muss, um sie zu erhalten.

Schlanke Doku

Ein weiterer, wichtiger Punkt wäre es, die Dokumentation von Förderprojekten oder Initiativen zu erleichtern. Hier seien es beispielsweise Forderungen wie quantitative Nachweise für Erfolg, die die Dokumentation sehr aufwendig machen. Auch qualitative Fortschrittsbelege sollten hier anerkannt werden. Hier wäre es ebenso wichtig, dass "Scheitern" neu definiert wird und es bei jungem Engagement einen stärkeren Geist gibt, statt nur auf sicheren, messbaren Erfolg hinzusteuern, auch Neues auszuprobieren. Dafür sollte es eine entsprechende Förderung geben.

Zusammenarbeit stärken

Kooperationen sollten in diesen Förderangeboten nicht verboten, sondern im Gegenteil erwünscht und unterstützt werden.

Offen und öffentlich

Öffentliche Projekte sollten stärker angehalten werden, ihre technischen Werkzeuge in offenen Formaten zu entwickeln, zu nutzen und Produkte zur öffentlichen Verfügung stellen zu müssen. So können diese unter öffentlichen Lizenzen von anderen Initiativen weiter genutzt werden.

Förderung als bunter Strauß

Generell könnte Förderung damit nicht nur finanzieller Art sein, sondern auch in Daten, Beratung und Austausch zum Ausdruck kommen.

Längeres BAföG für Engagement

Engagement an der Hochschule (beispielsweise im AstA) erlaubt den längeren Bezug von BAföG von 1–2 Semestern. Nach dem selben Prinzip könnten auch andere Formen des Engagements, die außerhalb der Hochschule stattfinden, durch längere Bezüge gefördert werden.

Keine Überwachung

Wichtig ist den Teilnehmenden ein Verbot, Projekte – vor allem im Bereich der Demokratieförderung – einem Screening durch den Verfassungsschutz zu unterziehen. Dies zerstöre wechselseitiges Vertrauen und sei eine abschreckende Hürde, sich überhaupt zu bewerben.

Unabhängige Entscheidungen

Letztlich sehen die Teilnehmenden es als Problem, dass Förderentscheidungen abhängig von aktueller Politik und Regierungszusammensetzung sei. Hier bräuchte es unabhängige Abteilungen, die die Fördergelder verteilen.

FORDERUNG 4

Ungleichheit, Diskriminierung und Fremdenhass im Engagement muss gemeinsam begegnet und vorbeugt werden.

“Ich habe gemerkt, ich bin privilegiert - aber ich will das gar nicht. Ich will mich engagieren, damit das nicht so bleibt.”

Unterrepräsentierten Gruppen muss innerhalb von Engagementorganisationen eine gleichberechtigte Stimme gegeben werden. Diversität muss in innerorganisatorischen Entscheidungsprozessen stärker berücksichtigt werden – beispielsweise indem auf eine Frauenquote, eine Jugendquote und auf eine repräsentative Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund geachtet wird. Hier sei es wichtig, dass privilegierte Vertretende im Engagement lernen, von sich aus Verantwortung an unterrepräsentierte gesellschaftliche Gruppen abzugeben und selbst zurückzutreten.

Gleichberechtigung und Chancengleichheit in der Gesellschaft wie im Engagement sind zentrale Werte für die Teilnehmenden. Sie sehen rechtspopulistisches Engagement und diskriminierende oder fremdenfeindliche Tendenzen in Engagementorganisationen als gesellschaftliches Problem, dem viele Akteur*innen gemeinsam etwas entgegen müssen und sehen einen großen Bedarf, sich diesbezüglich stärker zu organisieren und zu unterstützen. Wichtig sei hier einerseits, dass Organisationen mit einem hohen Grad an Bewusstsein ihre eigenen Strukturen und Mitgliedsverhältnisse reflektieren. Andererseits könnten journalistische Recherchen zu Fremdenhass, Ungleichheit und Diskriminierung im organisierten Engagement wichtige Erkenntnisse zu Problemen und Stärken des Sektors zu Tage befördern.

15

DIE IDEE



Ziviler Kodex für Vielfalt, Respekt und Gleichberechtigung

Vereine und Stiftungen sollten einen Kodex für Vielfalt und einen Code of Conduct in ihrer Organisation unterzeichnen und umsetzen. Die Politik könnte hier unterstützen, indem sie mehr Bewusstsein über das Problem der fehlenden Diversität in Engagementorganisationen schafft und Vorschläge für solch einen Kodex und Code of Conduct bereitstellt. Diesem können sich Engagementorganisationen anschließen oder auf dessen Basis sie eigene Kodizes entwickeln.

Unabhängig von sonstigen Vereins- oder Organisationszwecken, sollten sich alle im Engagementsektor offen zu einer solidarischen, offenen und gleichberechtigten Gesellschaft bekennen. Dieses Bekenntnis sollte gleichsam eine Förderbedingung sein.

UNTERSTÜTZENDE IDEEN

Anti-Diskriminierungsberatungen für Vereine

Antidiskriminierungsstellen des Bundes sollten spezielle Beratungsangebote für Vereine und Organisationen anbieten, die helfen mit Diskriminierung intern umzugehen oder ihr vorzubeugen.

Zusammenschluss der Organisationen

Im Engagement sollten sich Organisationen mit verschiedensten Zwecken (von Sport bis Kultur) für Aktionen gegen Fremdenhass und Diskriminierung zusammenschließen. Diese können analog wie digital gestaltet werden. Es gibt hier zahlreiche Beispiele, wie den unfreiwilligen Spendenlauf gegen Rechts in Wunsiedel, oder digitale Initiativen von Reconquista Internet bis ichbinhier, mit denen Kooperationen wünschenswert sind. Gerade soziale Medien können ein wichtiges Instrument des Antifaschismus sein, um kollektiv gegen Hass und Diskriminierung aufzutreten und ein offenes und tolerantes Weltbild entgegenzuhalten.

16

Konkretes Vorgehen bei Diskriminierungs-Vorfällen

Im Fall von Diskriminierung brauchen Organisationen klare Strukturen der Sanktion. Beispielsweise aus den Erfahrungen der Jugendfeuerwehr berichten Teilnehmende, dass man dort sofort handle und beispielsweise mit disziplinarischen Verfahren auf Fremdenhass reagiere.

Förderung unterrepräsentierter Gruppen

Weiter müsse Engagement für unterrepräsentierte Gruppen attraktiver gestaltet werden, wie durch konkrete finanzielle Förderung post-migrantischer Engagement-Initiativen. Gerade für Benachteiligte sei es wichtig, eine Niedrigschwelligkeit für den Start ehrenamtlicher Tätigkeiten zu schaffen, auch durch finanzielle Förderungen oder Aufwandsentschädigungen.

Verantwortung von Schulen

Schulen hätten in der Prävention und im Engagement gegen Extremismus eine wichtige Rolle. Wichtig sei, dass fremdenfeindliche Rede oder Taten an Schulen sofort thematisiert würden und Gegenrede geleistet wird oder auch Sanktionen folgen. Gerade jene, die nicht selbst Opfer von Diskriminierung werden, müssten sich zu Wort melden, dabei aber stets beachten, dass sie nicht für Betroffene sprechen, sondern diese lediglich unterstützen können. Die Teilnehmenden sehen bei Lehrenden als indirektes Vorbild eine wichtige Funktion. Im Sinne des Neutralitätsgebots und einer unparteiischen Vermittlung von Lehrinhalten sind Lehrende angehalten, nach freiheitlich demokratischer Grundordnung zu unterrichten. Fremdenhass und Diskriminierung sollten im Unterricht daher keinen Platz finden.

FORDERUNG 5

Politische Mitsprache von jungen Menschen muss auf Augenhöhe geschehen. Es braucht neue Instrumente und Vernetzung für mehr Beteiligung von jungen Menschen.

“Krass, was Rezo für einen Impact hatte.”

Die jungen Engagierten beschreiben ihre Erfahrung, dass selbst langfristiges und zeitaufwendiges Engagement mit politischem Bezug häufig von Politiker*innen nicht wahrgenommen werde. Selbst wenn sie in ihrem Engagement gesehen werden, würden daraus keine Handlungskonsequenzen folgen. Generell überwiege das Gefühl, dass junges Engagement abgetan wird, jungen Menschen Expertise abgesprochen wird und Jugendbeteiligung generell in der Politik nicht wirklich gewollt ist. Ein zentraler Schritt sei zunächst das Wahlrecht auf 16 Jahre heruntersetzen, um auch in der parlamentarischen Politik die Stimmen von jungen Menschen gleichberechtigt abzubilden. Weiter sollten Engagementorganisationen einer Jugendquote unterliegen, die sicherstellt, dass jene Entscheidungen, die besonders junge Generationen betreffen auch zu einem substantiellen Anteil von diesen mitentschieden werden. Hier können sich die jungen Menschen auf die UN Kinderrechtskonvention beziehen, die schon seit 1989 besagt, dass Kinder ihre Meinung frei äußern dürfen und bei allen Themen, die sie berühren, berücksichtigt werden müssen.

Dies zeige sich konkret darin, dass bestehende Jugendbeiräte zu wenig finanzielle Mittel haben, da junge Menschen oft noch keine eigenen Einkünfte haben und kaum Vermögen, um selbst Beschlossenes umzusetzen. Dazu nehme man aber keine Rechenschaftspflicht seitens der regierenden Politik wahr. Trotz allen bestehenden Ansätzen, fehlen den Teilnehmenden Strukturen, in denen man sich wirklich beteiligen kann. Politische Beteiligungsstrukturen für junge Menschen müssten stärker deren Realitäten angepasst werden – vor allem auch zeitlich und räumlich, da Schulpflicht, Ausbildungen und Studium sowie eine eingeschränkte Mobilität oft zu Hürden der Beteiligung werden, sofern sie organisatorisch keine Berücksichtigung finden.

18

 **UN Kinderrechtskonvention von 1989, Artikel 12: Berücksichtigung des Kindeswillens**

(1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

(2) Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.

 www.unicef.de

DIE IDEE

Netzwerk für junges Engagement

Die Teilnehmenden plädieren für eine Förderung, die Vernetzung von Organisationen im jungen Engagement ermöglicht. Sie fordern hauptamtliche Stellen (besetzt mit jungen Engagierten), die als Anlaufstelle die Vernetzung der jungen Engagementszene vorantreibt, Projekte und Veranstaltungen koordiniert und kollektive Meinungsbildungsprozesse organisiert. Diese könnten sich beispielsweise in regelmäßigen Positionspapieren des Netzwerkes niederschlagen. Diese Vernetzung würde sicherlich auch dabei helfen, das Engagement von jungen Menschen zu professionalisieren und klare Positionierungen sichtbar werden zu lassen, die im politischen Diskurs anschlussfähig sind.

UNTERSTÜTZENDE IDEEN

19

Jugendrat

Eine weitere Forderung ist die Einrichtung eines Jugendrates, der lokal auf Länderebene und ebenso auf Bundesebene in das politische System integriert wird. Der Jugendrat soll nicht – wie bestehende Initiativen in der Wahrnehmung der Teilnehmenden – eine Scheinbeteiligung darstellen, sondern in der Politik verbindliche Einflussnahme haben.

Zugang durch einfache Sprache

Eine Möglichkeit, mehr Austausch zwischen Jugend und Politik zu ermöglichen, liegt in der Verwendung klarer und verständlicher Sprache für politische Prozesse und Debatten. Allein komplizierte Sprache ist für viele junge Menschen eine Hürde zur aktiven Beteiligung.

Einbeziehung in Berichtsarbeit

Die Teilnehmenden begrüßten ihre Mitsprache und Einbeziehung in die Arbeit des Engagementberichts. Sie halten es für wichtig, sicherzustellen, dass in allen Bundesberichten, die die Themen der Jugend berühren – wie beispielsweise auch den Jugendbericht – junge Menschen in die Berichtsarbeit einbezogen werden.

IMPRESSUM

20

Positionspapier der Teilnehmenden des Dialogtags
zum Dritten Engagementbericht

VERÖFFENTLICHUNG
September 2019

HERAUSGEBER
Geschäftsstelle des Dritten Engagementberichts
Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft gGmbH
Französische Str. 9
10117 Berlin
 www.hiig.de

LAYOUT
Claudia Haas
Larissa Wunderlich

Gefördert vom:



Das Positionspapier steht unter der Lizenz *CC-BY-SA 3.0*.



ALEXANDER VON HUMBOLDT
INSTITUT FÜR INTERNET
UND GESELLSCHAFT

≡ DRITTER ENGAGEMENTBERICHT